

10 Lernen von den Mutigen

März 2022

Es ist der 17. März 2022 und der Krieg in der Ukraine dauert nun schon fast drei Wochen an. Amerika und Europa liefern Waffen, verhängen Sanktionen und schauen zu. Die Menschen im Westen schnüren Hilfspakete, nehmen sich der Geflüchteten an und schauen ebenfalls zu. Man schaut wie das Kaninchen auf die Schlange. Die Schlange heißt Putin.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat im Deutschen Bundestag gesprochen und um Hilfe für das Überleben der Menschen in seinem kriegsgeschüttelten Land gebeten. Wohnhäuser, Kindergärten Schulen und auch Krankenhäuser werden von Putins Armee platt gemacht. Die Menschen werden vertrieben, verletzt, getötet.

Video-Auftritte des ukrainischen Präsidenten vor dem amerikanischen Kongress in Washington und in London vor dem britischen Parlament sind würdevoller begangen worden als in Deutschland. Die amerikanischen und britischen Politiker haben den mutigen Kampf des ukrainischen Volkes gewürdigt und mit weiteren Hilfszusagen verknüpft.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich die Ansprache des ukrainischen Präsidenten im Bundestag angehört und geschwiegen. Abgeordnete, Teile der Gesellschaft und der Medien sind empört. Sie sprechen von einer schwarzen Stunde für das Parlament. *Der würdeloseste Moment im Bundestag, den ich je erlebt habe*, hat es der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen genannt. Olaf Scholz, der von Präsident Selenskyj direkt angesprochen wurde, hat nicht reagiert. Er ist zur Tagesordnung übergegangen. Zu einer Debatte über die Corona-Impfpflicht.

Olaf Scholz und die deutsche Politik hingegen haben etwas verpasst. Eine Würdigung des Freiheitskampfes der Ukrainerinnen und Ukrainer. Eine klare Botschaft der Unterstützung für diejenigen, die gerade für die Werte der Demokratie mit ihrem Leben einstehen. Auch für unsere Werte. Auch für unsere Demokratie.

Besondere Momente erfordern besondere Staatsmänner. Wolodymyr Selenskyj ist so einer. Er verteidigt die Demokratie gegen ein autoritäres Regime. Er und sein Volk verteidigen unsere Werte. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz muss noch beweisen, dass er es auch kann. Es hätte eine Sternstunde der Demokratie werden können. Schließlich tut die Bundesrepublik sehr viel für das arg gebeutelte ukrainische Volk. Man hilft mit sehr viel Geld, man liefert Waffen, man nimmt unbegrenzt geflüchtete Menschen auf - aber das ist nicht genug. Es gibt rote Linien. Deutschland hat

Angst im dritten Weltkrieg zu landen. Man hätte mit dem tapferen Selenskyj wenigstens darüber reden können.

Man hat stattdessen über die Impfpflicht geredet. Über ein weiteres deutsches Pleiten-, Pech- und Pannen-Thema. Über ein Lehrstück des politischen Versagens. Egal, wer an der Regierung war oder ist. Ein grandioses Kommunikations-Desaster vom ersten Tag an. Erst wollte man sie nicht, man versprach es sogar den Menschen in die Hand. Dann wollte man sie doch, dann wieder nicht, dann nur halb, als sogenannte einrichtungsbezogene Pflicht, dann wollte man sie wieder ganz, dann nur noch halbherzig und jetzt will man sie mit der Brechstange.

Als ob noch nicht genug darüber geredet wäre. Seit über zwei Jahren hört man landauf, landab: Impfpflicht, Impfpflicht, Impfpflicht. Gerede und kein Handeln. Mittlerweile ist *etwas Zerreden* ein anerkannter Begriff in der deutschen politischen Praxis geworden. Die Griechen und die Österreicher, die als erste die Impfpflicht eingeführt haben, lachen sich heute noch kaputt über die Handlungsunfähigkeit der größten europäischen Wirtschaftsnation.

Können wir nicht mehr unterscheiden zwischen Wichtigem und Unwichtigem? Zwischen dem, was geboten ist und dem, was der Beliebigkeit unterliegt? Und sind wir nicht mehr in der Lage, Ziele zu formulieren und diese Ziele dann in aller Ruhe, aber mit dem gebotenen Tempo abzuarbeiten?

Es gehört zu den kuriosen Begebenheiten der Weltgeschichte, dass ein ehemaliger russischer Präsident die Deutschen daran erinnern muss, dass man nicht alles auf die lange Bank schieben kann: *Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben*, ließ Michail Gorbatschow 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Staatsgründung, kurz vor dem Mauerfall in Ost-Berlin verlautbaren.

Und der ukrainische Präsident Selenskyj wendet sich, kurz bevor sein Land vor den Augen der Weltöffentlichkeit von Putin endgültig kurz und klein geschlagen wird, in seiner Ansprache im Deutschen Bundestag direkt an die deutsche Regierung und sagt: *Ihr denkt nur an Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft. Anstatt uns zu helfen. Jetzt, wo wir es so dringend brauchen.*

Wo Selenskyj Recht hat, hat er Recht. Denn die deutsche Reaktion klingt so hilflos wie Impfpflicht, Impfpflicht, Impfpflicht. Sogar den Griechen und den Österreichern bleibt angesichts dieser Hilflosigkeit der selbsternannten zukünftigen europäischen Führungsmacht Deutschland das Lachen im Halse stecken.

Nach kaum 100 Tagen im Amt muss man aber jeder Regierung eine Entwicklung zugestehen, auch einer Ampelregierung oder vielleicht gerade

einer Ampelregierung. Schließlich ist sie ohne Schonfrist ins Amt gestartet und mit Krisen, die jede für sich genommen für die nächsten Jahrzehnte ausreichen könnten: die Corona-Pandemie, der Krieg Putins, die daraus folgende Energiekrise sowie die größte Krise, die da noch wartet - die Klimakrise.

Fast hätte man glauben können, Kanzler Olaf Scholz würde seine ersten 100 Tage an der Regierungsspitze verschlafen. Der Ukraine-Krieg und die Schrecksekunde bis zur Formulierung seiner *Zeitenwende* haben ihn und seine Regierung aufgeweckt.

Hoffentlich bleibt ihnen noch Zeit, die Scharte vom 17. März 2022 auszuwetzen. Denn mittlerweile dürften alle in der Ampel-Regierung erkannt haben, dass dies ein richtiger Krieg ist, der hier unmittelbar vor unserer Haustür tobt.

Zuschauen allein ist definitiv nicht mutig genug.